LXVII.

Die „Errungenſchaften der Revolution“.

Die „Errungenſchaften der Revolution“ ſind ein Schlagwort, das ſeit dem Umſturze vom 7. bis 9. November 1918 nicht nur in den ſozialdemokratiſchen Maſſen kurſierte.[1]) Auch der in den letzten Monaten vielgenannteſte Zentrumsabgeordnete ſprach in einer Philippika gegen die Rechte von den „Errungenſchaften der Revolution“, die man nicht preisgeben dürfe. Heute hat das Schlagwort neunundneunzig Prozent ſeiner ehemaligen Wirkung verloren. Heute hat man ſelbſt in Kreiſen, welche enge mit dem Umſturz verflochten waren, den Glauben an dieſe Errungenſchaften in weitgehendem Maße eingebüßt.

Von den „Errungenſchaften der Revolution“ im poſitiven Sinne zu ſprechen iſt eine Gedankenloſigkeit und ein Widerſpruch. Ein Umſturz, ein Zuſammenbruch, eine Zertrümmerung des Beſtehenden iſt keine Errungenſchaft. Wenn die Gewalt des Sturmes ein Gebäude vernichtet, ſo iſt das kein begrüßenswertes Ereignis; und wenn die Macht

---

1) Es gibt „ſogar Katholiken“, ſchreibt der bekannte Divinator in der „Augsb. Poſtztg.“ vom 7. September 1919, „die von den „Errungenſchaften der Revolution“ reden, als ob dieſe Erungenſchaften ein Verdienſt des Zentrums oder der Katholiken ſeien, ja als ob die Revolution überhaupt etwas ſei, was zu begrüßen war.“

der Volksleidenschaft die alte und schwach gewordene Staats- und Sozialordnung in ein Trümmerfeld verwandelt, so ist das keine positive, keine neue materielle und ethische Werte schaffende Tat, sondern Vernichtung der alten Güter und der bestehenden Ordnung. Diese Tat hat ein positives Ergebnis höchstens für den Dieb und Räuber, der in dem allgemeinen Wirrwarr seine Beute leichter erhaschen und in Sicherheit bringen kann.

Von „Errungenschaften der Revolution" kann man nur im negativen und im indirekten Sinne reden. Reden in dem Sinne, daß die Revolution durch die Beseitigung vieles Morschen und Unhaltbaren die Anregung zu einem festeren Neubaue gibt; reden in dem Sinne, daß der allgemeine Umsturz die indifferent, träg und irdisch gewordenen Geister aufrüttelt, sie zur Selbsteinkehr und Selbsterkenntnis und damit zum Aufstieg von den Tiefen des Materiellen zu den Höhen der ewigen Ideale nötigt; reden in dem Sinne, daß das Blut und Elend der Revolution die trunkenen und verführten Volksmassen wieder zur Ernüchterung und zu der geschichtlich bestätigten Erkenntnis bringt, daß keine vom Volke inszenierte revolutionäre Erhebung dem Volke jemals zum Heile geworden ist, weil aus der Sünde und dem Verbrechen niemals das Glück der Völker emporsprossen kann.

Die revolutionären Errungenschaften gleichen dem „Erfolge" des ungeratenen Sohnes, der seinen eigenen Vater zu Boden schlägt, aber nicht fähig ist, dessen Wunden zu heilen, und nicht imstande ist, ohne Hilfe des schwer Verwundeten sein Leben zu fristen oder eine eigene Existenz zu gründen.

Wenn wir darum in Folgendem von den „Errungenschaften der Revolution" sprechen, so kann das nur im negativen, im besten Falle im problematischen Sinne geschehen. Wenn die Revolution auf einzelnen Gebieten eine Besserung bringen soll, dann wird diese kommen, weil wie Mephistopheles auch die Revolution ist „Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft."

I.

Die deutsche Revolution hat auf die äußere und innere politische Lage in der verhängnisvollsten Weise gewirkt. Zwar soll uns die Revolution, als politische Haupterrungenschaft, den heiß ersehnten Waffenstillstand und Frieden gebracht haben. In Wirklichkeit hat die Revolution zum Waffenstillstande nichts beigetragen, sondern nur die Schwäche Deutschlands enthüllt. Bereits am 1. Oktober 1918 hat — um Bekanntes zu wiederholen — Ludendorff vom Reichskanzler ein Waffenstillstandsangebot an Wilson innerhalb 24 Stunden verlangt. Nach vierwöchentlicher Verhandlung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde eine Waffenstillstandskommission ernannt, am 7. November ließ die Oberste Heeresleitung das Feuer an der Front einstellen, in der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden sodann die Waffenstillstandsbedingungen im französischen Hauptquartier zwischen beiden Seiten vereinbart. Daraus ergibt sich, daß der Waffenstillstand nicht unter dem Einflusse der Revolution und der Revolutionsmänner erreicht wurde, sondern daß er noch voll und ganz das Verdienst der alten Regierung ist.

Die am 9. November triumphierende Revolution, welche die wochenlange Unterwühlung der Front und die Kampfunfähigkeit des deutschen Heeres dem Feinde offenbarte, die einen unendlichen Jubel in den Ententeländern auslöste, hat die Waffenstillstandsbedingungen unsagbar verschlechtert und die hohen Forderungen des Gegners zu ungeheuerlichen gestaltet. Das war die erste große „Errungenschaft“ der sozialistischen und bolschewistischen Revolutionshelden, das war das erste Zeugnis ihrer Unfähigkeit und ihres Wahnwitzes, das war zugleich die Einleitung zu den turmhoch wachsenden Schwierigkeiten in unserer äußeren Politik.

Die Revolutionsregierung war schon aus dem Grunde für diese Politik nicht befähigt, weil sie in der ersten Zeit vom Auslande nicht anerkannt wurde; und sie war vor allem deshalb nicht hiezu geeignet, weil ihr bisher die Diplo-

matie ein verschlossenes Feld gewesen war. Mögen uns auch die letzten dreißig bis vierzig Jahre keinen einzigen genialen Diplomaten geschenkt haben, so hat uns die bisherige Revolutionsepoche nicht einen mittelmäßig begabten und geschulten Auslandspolitiker beschert. Die Revolution konnte die Unfähigkeit der gestürzten Regierung behaupten, allein sie konnte keine fähige, geschweige eine bessere an ihre Stelle setzen.

Politik ist weniger Wissenschaft, sondern vielmehr Kunst. Die Auslandspolitik, die Kunst der Diplomatie, setzt lange Übung und Erfahrung, setzt eine bestimmte Überlieferung voraus. Wie die bildende Kunst sich oft in einzelnen künstlerisch veranlagten Familien forterbt, so setzt ähnlich auch die Diplomatie eine gewisse Familientradition bezw. die Tradition enger Kreise voraus.[1]) Diese Tradition kann die Revolution, die ja der Bruch mit Geschichte und Überlieferung ist, niemals bieten, ihre Tagesgötzen erweisen sich regelmäßig als unfähig oder ungeschickt in der äußeren Vertretung des Staates und seiner Interessen.

Es fällt kein Künstler vom Himmel und auch kein Staatsmann und Diplomat. Selbst „Wunderkinder" bedürfen der schulmäßigen Vor- und Ausbildung. Die Revolution kann bisher zurückgedrängten begabten und geschulten Geistern zu einer einflußreichen öffentlichen Rolle verhelfen, aber das sind Ausnahmeerscheinungen, nicht die Regel. Der große Staatsmann kann nicht aus der revolutionären Masse oder aus den Tagesgrößen geholt werden. Er bedarf der leidenschaftslosen Auffassung, der vornehmen Ruhe und eines räumlich und zeitlich weiten, auf die Entwicklung des Ganzen gerichteten Blickes, der in dem engen Gesichtskreis der parteipolitischen Vereinigungen, und insbesondere in den revolutionärdemokratischen, niemals gewonnen wird. Aus der schwülen, nebelhaften und illusionistischen Atmosphäre revolutionärer Vorstellungen ist noch nie ein klarer und praktischer Gedanke,

1) Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 164, S. 234.

noch niemals ein Staatsmann mit offenem, freiem und weitem Blicke hervorgegangen.

2. Die deutsche Revolution hat uns keine neuen Staatsmänner gebracht; auch keine Staatsmänner für die Innenpolitik und für die inneren administrativen Aufgaben. Nur mit Hilfe der alten, „bureaukratischen" Beamtenschaft war es den die Leitung des Staates usurpierenden Nichtstaatsmännern möglich, die Staatsmaschine notdürftig in Bewegung zu erhalten. Und wenn diese Maschine schlecht und immer schlechter funktionierte, dann war neben der mangelnden Autorität die Unerfahrenheit der durch die Revolution auf die verantwortungsvollsten und schwierigsten Posten gehobenen, ihr inneres Unvermögen leichtfertig ignorierenden parteipolitischen Führer eine der ersten Ursachen. Es ist etwas anderes, auf der Rednertribüne agitatorische Reden zu halten und unerfüllbare Forderungen zu stellen, und es ist etwas anderes, wirklich positive, ordnende und aufbauende Arbeit zu leisten.

Die Revolution hat an die Stelle der konstitutionellen Monarchie die Republik, an die Stelle der Regierung des Königs und seines Ministeriums die „Regierung des Volkes" gesetzt. Diese „Befreiung" des Volkes soll neben der Herbeiführung des Waffenstillstandes ihr zweites großes politisches Werk gewesen sein. — Wir wollen hier davon absehen, daß der Sturz der Monarchie ein riesenhaftes, der Sühne bedürftiges Verbrechen war; wir wollen uns nicht damit beschäftigen, daß die Monarchie zugleich die Autorität repräsentierte und daß darum mit dem Sturze der historischen Regierungsform auch notwendig die Autorität und das Ansehen des Staates stürzen mußte; wir wollen nur feststellen, daß die Errungenschaften des „Freistaates" und der „Volksregierung" eine große und grobe Täuschung, um nicht zu sagen eine Lüge, sind.

Kein Staatsbürger wird empfinden, daß er in dem jetzigen demokratischen „Freistaate" tatsächlich freier sei als in dem alten monarchischen Staate. Denn die politische

Freiheit ist nicht bedingt durch die Form oder den Namen eines Staatswesens. „Das Leben eines Volkes ist so gut wie das Leben des Einzelnen", sagt P. Lippert S. J.,[1]) „immer ein Geflecht von Notwendigkeit und Freiheit, und es ist eine unverantwortliche Täuschung, wenn die Fragestellung immer wieder auf eine einfache Alternative zwischen diesen beiden zugespitzt wird." Relative Freiheit besteht da, wo Ordnung und Sicherheit, Schutz der Person und des Eigentums, allgemeine und gegenseitige Respektierung der natürlichen und überlieferten Rechte besteht. Die größte Feindin der Freiheit ist die unbeschränkte Freiheit des Individuums, deren Folge die Rechtslosigkeit, die Anarchie ist. Relative Freiheit besteht ferner da, wo die Existenz und Selbstverwaltung kleiner Staaten, Gemeinden und politischer und sozialer Kreise nicht durch Uniformierungs- und Einheitsbestrebungen gefährdet ist. Diese Freiheit bestand daher, wie Guizot ausführt,[2]) in den freien Staatsverfassungen und ständischen Einrichtungen des Mittelalters. Relative Freiheit besteht endlich da, wo man keine Terrorisierungen, keine systematische Gesinnungsbeeinflussung und Gesinnungsvergewaltigung durch staatliche Zwangs- und Einheitsschulen, durch öffentliche Demonstrationen und Einschüchterungen, durch Reden, Preßelaborate und Druckerzeugnisse kennt. In dieser und anderer Hinsicht war die politische Freiheit im beseitigten monarchischen Staate ungleich größer als im gegenwärtigen sozialdemokratischen „freien Volksstaate."

Das Wort „Freistaat" oder „freier Volksstaat" ist eine Täuschung des Volkes und eine Phrase, eine Errungenschaft der Revolution in Form eines leeren Namens. Und ein gleich zu wertendes Schlagwort und eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit ist die „Selbstregierung des Volkes". Niemand kann sein eigener Führer sein, niemand kann sich selbst regieren. Und was von den Einzelnen gilt, das gilt

1) Stimmen der Zeit, Bd. 94, S. 153.
2) Vgl. Histor.-polit. Blätter, Bd. 164, S. 450.

auch von den Völkern: „Eine Gemeinschaft kann sich nicht ..... selbst regieren, so wenig als ein zu Tal stürzender Bach, so wenig als der Blitz seine kapriziösen Wege selber „wählt." Sie wird mit Notwendigkeit die Bahn dahin getrieben, auf die sie gesetzt ist. Und diese Bahn führt aus sich selber immer nach unten. Die moralische Gesamtlage der Menschheit und der einzelnen Völker ist ohnehin nicht sonderlich hoch; die große Mehrheit handelt tatsächlich allzuoft nach den Eingebungen der niederen Triebe, der rein animalischen Furcht und Begierde, der Selbstsucht, und ebenso sind die Völker, auch die hochstehenden, erschrecklich klein und kleinlich, engherzig und erbärmlich."[1])

Die „Selbstregierung der Völker" ist keine Errungenschaft der neuesten Revolution, sondern ein neu aufgewärmter alter Irrtum des Philosophen von Genf. Regiert haben ehemals und regieren werden künftig, dauernd oder abwechselnd, nur die Einzelnen, die Mächtigen und Starken.[2]) Regiert haben im neuen und revolutionären Deutschland nicht die Arbeiter- und Soldatenräte, regiert oder diktiert hat nicht das Proletariat, regiert haben nicht die Parlamente, sondern regiert haben, so gut oder so schlecht als es möglich war, die Herrn Ebert, Scheidemann, Ad. Hoffmann, Heine, Noske, Erzberger usw. Ob ihre Regierung erleuchteter und segensreicher als die des alten Regimentes war, mag uns die kommende objektive Geschichtsschreibung zeigen.

Je freier und selbständiger vermeintlich, je demokratischer ein Volk, desto stärker und zahlreicher erfahrungsgemäß die

---

1) P. Lippert S. J., a. a. O. 155.

2) Am 16. November 1918 schrieb ein Einsender in der „Augsb. Postztg." (Nr. 532): „Im alten Obrigkeitsstaat hatte der Bürger sehr wenig, im gegenwärtigen hat er absolut gar nichts zu sagen; mehr als je vorher ist im Augenblicke das Volk in seiner Gesamtheit lediglich Objekt einer Regierung, die ihm durch unerforschliche Ratschlüsse gesetzt wird, nur daß sich diese nicht auf ein Gottesgnadentum berufen, sondern auf eine genau ebenso unfaßliche Volksgnade."

polizeilichen Organe und desto größer und teuerer der Beamtenapparat. Selbst das Münchener sozialdemokratische Organ hat kürzlich betont, daß die Demokratisierung der staatlichen Verwaltung sehr viel Geld koste. Der Demos vermag das alte Regiment zu stürzen, aber er vermag kein besseres oder erträglicheres an dessen Stelle zu setzen. „In demselben Maße, als die überkommenen Institutionen, welche durch die Macht der Gewohnheit die öffentliche Ordnung ohne große Mühe und Kosten erhielten, zusammenbrechen", sagt Konstantin Frantz,[1]) „in demselben Maß bedarf es neuer künstlicher Mittel, um die entbundenen Kräfte zu zügeln, damit nicht geradezu ein Krieg aller gegen alle daraus entsteht. In demselben Maße wächst folglich die Sphäre der staatlichen Zwangsgewalt, und mit ihr die Steuern und Lasten, welche dadurch bedingt sind."

Die individualistische Demokratie und Sozialdemokratie fußt in ihrer Staatsauffassung auf dem flachen Zahlenprinzipe. Das Volk besteht aus Atomen, aus einer bestimmten Summe unterschiedsloser Individuen. An die Stelle des staatlichen Organismus tritt der staatliche Mechanismus, die Zifferntabelle. Die Menschen sind als Staatsbürger, welchem Stande, Alter oder Geschlechte sie auch angehören mögen, gleich, und das nächste Ergebnis dieser fiktiven Gleichheit ist das Dominieren der durchschnittlich gleichen Intelligenz, der Mittelmäßigkeit. Die Mittelmäßigkeit regiert auf allen Gebieten, sie ist die sichtbare Errungenschaft der Revolution. Selbst ein ehemaliger „Genosse" (Emil Zimmermann) schreibt[2]): „Bei einer Herrschaft des Volkes wird in der Gesetzgebung sehr wenig die Intelligenz zu Worte kommen; es wird die Mittelmäßigkeit sein, welche bestimmt. Ich komme nicht darüber hinaus, so sehr ich mich bemüht habe, zu einer anderen Auffassung zu gelangen: Alles, was ich beobachtet habe, sagt mir, daß die Demokratie die Herrschaft

1) Kritik aller Parteien. Berlin 1862. S. 56.
2) Der Türmer. Jahrg. 1, Bd. 1, S. 422.

der Mittelmäßigkeit ist und — in gewissem Maße — die Herrschaft der Streber und Schmeichler.“ Auch Anwälte der Demokratie, wie Alexis de Tocqueville und Stuart Mill, bestätigen, daß die Herrschaft der durch keine aristokratischen Elemente durchsetzten Demokratie zur Herrschaft der Mittelmäßigkeit führen muß. Die Revolution hat diese Herrschaft noch tiefer hinab, zu jener des vierten und fünften Standes, zur Herrschaft der denkunfähigen Demagogie geführt.

Die sozialdemokratische Revolution hat uns auch, als Konsequenz der Politik der Zahl, das ausgedehnteste gleiche Wahlrecht, das Wahlrecht auch der Frauen gebracht. Selbst katholische Kreise haben diesem die Unnatur unserer ganzen politischen Entwicklung kennzeichnenden Wahlrechte zugestimmt. Hier gilt das Wort der Schweizer Bischöfe in ihrem Bettagsmandat vom September 1919: „Wir können nicht glauben, daß diese Bestrebungen (zur Einführung des Frauenstimmrechts) sich als Glück für die Frau erweisen werden; wir sind vielmehr überzeugt, daß die naturgemäßen Aufgaben der Frau darunter leiden müssen und einen empfindlichen Rückschlag auf die allgemeine Volkswohlfahrt zur Folge haben. Will man für Frauenrechte eintreten, so zwinge man der Frau nicht Mannesrechte auf, für welche sie als bloße „Gehilfin des Mannes“ nicht bestimmt ist.“

3. Neben „Freiheit“ und „Selbstregierung des Volkes“, Frauenstimmrecht usw. hat uns das revolutionäre Deutschland auch den Einheitsstaat gebracht, wodurch in Wirklichkeit jede Selbstregierung aufgehoben wird. Sogenannte Selbstregierung, d. i. indirekte oder mittelbare Teilnahme an der Leitung des Ganzen, kann, wie angedeutet, nur in kleinen Kreisen und Territorien bestehen. Der öde und uniforme Einheitsstaat, wie ihn das flüchtige Verfassungswerk unserer sozialistischen und nichtsozialistischen Koryphäen geschaffen hat, schließt auch diese engere und mittelbare Selbstregierung aus, er macht jede Einflußnahme der Volksgruppen — die einzelnen Individuen haben keinen Einfluß — auf die Leitung und Entwicklung des Reiches unmöglich.

Nur in beruflichen Schichten und Organisationen, in homogenen sozialen Kreisen, in Kleinstaaten und autonomen Provinzen vermag sich ein einigermaßen gleichartiges Wollen, soziales oder politisches Empfinden zu entwickeln. Nur in autonomen Kleinstaaten kann darum, wie bereits angedeutet, ein größeres Maß von bürgerlicher Freiheit, eine politische Einrichtung nach der Eigenart, den Wünschen und Bedürfnissen des Volksganzen entstehen und bestehen. Mit dem Begriffe „politische Freiheit" ist der Begriff „Föderalismus" untrennbar verbunden. Jeder Großstaat muß, zum Zwecke dieser politischen Freiheit, föderalistisch gestaltet werden. Das einheitliche und einförmige, das zentralistische Reich ist das Grab der politischen Freiheit.

Dieses Grab dem deutschen Volke zu schaufeln war eine der großen Aufgaben der in der Revolutionsära gewählten, in der Stadt Goethes, des Gegners des Einheitsstaates [1]), tagenden Nationalversammlung. Wie diese Versammlung durch die Wahl der ungeschichtlichen und zudem allen heraldischen Gesetzen widersprechenden Farben Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben ihre Unkenntnis der deutschen Geschichte bekundet hat, so hat sie ebenso durch ihr zentralistisches Verfassungswerk ihre Unwissenheit und ihren Widerspruch gegen das historisch-nationale Wesen des deutschen Volkes vor aller Welt dokumentiert.

Deutschland war nicht nur im Anfange, sondern im ganzen Verlauf seiner Geschichte bündisch geordnet. Erst mit Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurde diese bündische Staatseinrichtung schwer erschüttert, der wirkliche Föderalismus in einen Scheinföderalismus umgewandelt. Immerhin aber bildete das Reich noch einen Bundesstaat und speziell Bayern hatte sich bei dem Versailler Vertrage einen großen Teil seiner alten politischen Rechte, die Reservatrechte, gerettet.

In dem Landes- und Stammesföderalismus Deutschlands war, im Gegensatze zu dem einförmig gestalteten

1) Vgl. J. P. Eckermann, Gespräche mit Goethe, Bd. 3 (17. Okt. 1828).

und Einförmigkeit erzeugenden Zentralismus Frankreichs, der Reichtum und die Größe der deutschen Geschichte, die Mannigfaltigkeit und Schönheit des deutschen Volkslebens und zum großen Teile auch die politische Lebenskraft Dentschlands begründet. Diesen Föderalismus zerstören hieß das alte und eigentliche Deutschland vernichten. Bei diesem Zerstörungswerke haben sich der Sozialismus und der politische Liberalismus, die beide in dem zentralisierten Frankreich ihre Geburtsstätte erblicken, bei den Weimarer Tagungen die Hände gereicht, und sie bedauern heute nur, daß sie die uniforme deutsche Einheit nicht vollständig verwirklicht haben. „Wenn die Parteien, welche am 9. November vor. Jrs. in Berlin und in München die Revolution in die Hand nahmen", klagt die demokratische „Frankfurter Ztg." vom 10. November 1919 (Nr. 843), „eine staatsmännische Führung gehabt hätten, würden sie ohne erhebliche Schwierigkeiten mit den Fürstenthronen auch die inneren Landesgrenzen von der deutschen Landkarte weggewischt haben." — Christliche und bayerische Volkspartei haben bei dem verfassungsmäßigen Uniformierungswerke wenig Widerstand geleistet und durch den ihren Reihen entnommenen Finanzminister die Einheit auf dem Gebiete des Finanzwesens wesentlich gefördert — so ist das Reich, wie es jede ehemalige und wie es die heutige Revolution, wie es die stets unitaristisch gesinnte liberale Demokratie und die Sozialdemokratie wollten, einheitlich, gleichförmig, undeutsch geworden! — —

Die Revolution und ihre auch außerhalb den sozialdemokratischen Reihen sitzenden Helfer haben auch die bayerischen Reservatrechte bis auf einen bedeutungslosen Rest beseitigt. „Durch die neue Verfassung des Deutschen Reiches und die Verfassung für den Freistaat Bayern", klagt der Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe vom September 1919, ist „die bisherige Selbständigkeit unseres armen Bayernlandes zertrümmert."

Die erste Bresche wurde in die Selbständigkeit Bayerns

mit dem Sturze der Monarchie gelegt. Eine demokratiſche Republik Bayern mußte bald zur Provinz Bayern herabſinken. Die eigenartige Kultur und Kunſt Bayerns, die Volksauffaſſung und das Volksleben, kirchliche und ſoziale Einrichtungen knüpfen ſich an die mit dem Volke verwachſene Dynaſtie, mit ihrer Beſeitigung mußte die politiſche Haltloſigkeit, die revolutionäre Ausebnung, die Ertötung der Eigenart der bayeriſchen Stämme beginnen. Mit dem Sturze des Königstums mußte auch die geheiligte Würde des Staatsoberhauptes und die Staatshoheit: Finanzhoheit, Militärhoheit, Juſtizhoheit uſw. ſinken und verſchwinden. Bayern iſt verſchwunden als Königreich, Bayern iſt vergangen als autonomes Staatengebilde, Bayern wird mit ſeiner Hauptſtadt vergehen als Kunſt- und Kulturmacht. Der bayeriſche Löwe liegt blutend in den Krallen des preußiſch-deutſchen Adlers. Die politiſche „Errungenſchaft“ der Revolution, an der bayeriſche Revolutionäre mitgearbeitet, lautet: Finis Bavariae! — —

(Schluß folgt.)